



Die Krisis des baltischen Deutschtums.

Von

Axel freiherrn v. freytagb-Loringhoven in Dorpat.

Die eben vor sich gehenden Umwälzungen in Rußlands politischem und sozialem Bau erregen naturgemäß das lebhafteste Interesse in Westeuropa. Im besonderen ist es für Deutschland von Wichtigkeit, wie sich die Verhältnisse bei seinem nächsten und mächtigsten Nachbarn gestalten. Das beruht sowohl auf rein-politischen als auf wirtschaftlichen Momenten. Von diesem Gesichtspunkte aus ist denn auch die deutsche Presse an die Erörterung der diesbezüglichen Fragen herantreten. Für das deutsche Volk jedoch, nicht als politische, sondern als nationale Einheit, bietet das Drama, das sich zur Zeit in Rußland abspielt, Interesse in noch einer Beziehung, die bisher völlig übersehen worden ist. Ich meine den Kampf der deutschen Balten um ihre nationale Existenz, einen Kampf, der gerade jetzt besonders scharf geworden ist und — vielleicht — aussichtslos zu werden droht.

Die jetzigen russischen Ostseeprovinzen bilden seit dem Beginn des XIII. Jahrhunderts den am weitesten nach Osten vorgeschobenen Posten des Deutschtums. Auf dem Seewege fand ihre Entdeckung statt, auf dem Seewege ihre Eroberung und Besiedelung. Der deutsche Ritter und der deutsche Kaufmann wagten sich in das fremde Land, der deutsche Bauer blieb ihm fern. Eine Germanisierung und Aufsaugung der fremdstämmigen autochthonen Bevölkerung, wie sie in Preußen geschah, konnte daher nicht vor sich gehen. Der grundbesitzende Adel und die städtische Bürgerschaft waren deutsch, als der Herrenmeister des deutschen Ordens und die Bischöfe im Lande herrschten. Sie blieben es, als das Baltikum im Jahre 1561 unter polnische Herrschaft geriet und als später Polen durch Schweden und Rußland abgelöst wurde.

Deutsche Sprache, deutsches Recht und deutsche Sitte herrschten im Lande — soweit eben das Land durch die genannten Bevölkerungsklassen vertreten wurde. Die Letten und Esten gehörten ausschließlich dem Bauerstande an und kamen weder politisch noch kulturell in Betracht. Ihre

materielle Lage aber war nicht schlechter, als die der hörigen Bauern in den anderen Ländern Europas. Auch begann der Adel im Bunde mit der Geistlichkeit verhältnismäßig früh für ihre religiöse und intellektuelle Entwicklung zu sorgen — durch Begründung von Kirchen und Schulen, durch Übersetzung weltlicher und geistlicher Schriften in die indigenen Sprachen. Der Versuch, sie zu entnationalisieren, wurde nicht gemacht, weniger aus humanitären Erwägungen, als im stolzen Überlegenheitsbewußtsein der herrschenden Klasse. Noch weniger konnte, so wie die Verhältnisse lagen, von einer Einwirkung der Letten und Esten auf das deutsche Volkstum der Eroberer die Rede sein. Wohl aber hatten sich diese zu wehren gegen Angriffe von seiten der fremden Staaten, denen sie angehörten.

Diese Angriffe richteten sich jedoch zu einer Zeit, da der Nationalismus nur eine verschwindend kleine Rolle im politischen Leben spielte, in erster Linie gegen die politischen, ständischen und materiellen Sonderrechte, welche die Balten sich bei ihrem Übergange unter fremde Herrschaft auszubedingen verstanden hatten, und trafen ihr Volkstum nur indirekt. Im Resultat hat denn auch weder die polnische noch die schwedische Zeit bedeutenderen Einfluß auf die Entwicklung der Provinzen gehabt, und das um so weniger, als Peter der Große alle ihre alten Privilegien und Rechte von neuem bestätigte. Er handelte hierbei, ebenso wie die Nachfolger, die seinem Beispiel folgten, durchaus im Interesse des russischen Reichs. Nur wenn den Ostseeprovinzen ihre Sonderstellung gewahrt blieb und sie davor gesichert waren, zentralistischen Nivelierungsgelüsten zum Opfer zu fallen, konnten sie ihre Aufgabe, Vermittler europäischer, insbesondere germanischer Kultur zu sein, erfüllen. So lange die russischen Monarchen sich von dieser Erkenntnis leiten ließen, drohte dem baltischen Deutschtum keine Gefahr.

Erst mit der Bildung und dem Erstarken der Moskauer panslawistischen Partei erhielt die Politik der Regierung die antideutsche Färbung, die von Jahr zu Jahr immer intensiver wurde. Auch die gleichzeitig erwachenden liberalen und revolutionären Strömungen trugen dazu bei, die Regierung in das Lager des Panslawismus zu treiben und sie zur Adoption des Programms desselben zu veranlassen. Dieses umfaßt bekanntlich die Dreieit: Selbstherrschaft, Rechtgläubigkeit, Volkstümmlichkeit. Nun waren die baltischen Deutschen in der Mehrzahl überzeugte Anhänger der absoluten Monarchie. Die Stimmen der Andersdenkenden kamen nicht zu Gehör, denn die offiziellen Vertreter — die Ritterschaften und die Städte — gaben naturgemäß nur den Ansichten der Majorität Ausdruck.

Diese aber beruhten hauptsächlich auf der Erwägung, daß die Person der Selbstherrscher die sicherste Stütze des Baltentums sei, daß das russische Volk im allgemeinen wenig historischen Sinn habe und deshalb, wenn es zur Macht gelange, nicht geneigt sein werde, die Sonderstellung und die Eigenart der baltischen Provinzen zu respektieren und daß endlich die auf einen Sturz des Absolutismus hinarbeitenden Bestrebungen aussichtslos seien infolge der starken Position desselben und der politischen Unreife des russischen Volkes.

So sehr nun die Balten in diesem Punkt allen Ansprüchen der Panflavisten genügten, so wenig war das der Fall bezüglich der beiden anderen programmatischen Forderungen. In entschiedenster und energischster Weise weigerten sie sich, ihren Protestantismus und ihre deutsche Nationalität aufzugeben. Damit aber war das Tafeltuch zwischen ihnen und den Panflavisten zerschnitten. Sie wurden von diesen fortan als Feinde betrachtet, die zu schädigen und zu schwächen und, wenn irgend möglich, zu vernichten seien. Zur Erreichung dieses Zieles wurden zwei Mittel angewandt. Es wurde erstens die Politik der Regierung in für das Baltentum ungünstige Bahnen geleitet. Es wurde zweitens versucht, die indigene Landbevölkerung, die Letten und Esten, zu russifizieren.

Der doppelte Kampf gegen Deutschtum und Luthertum wurde nun mit schonungsloser Schärfe geführt. Er erreichte seinen Höhepunkt unter Alexander III., der ihm durch seine Weigerung, die von allen Vorgängern bestätigten und beschworenen Privilegien anzuerkennen, eine scheinbare rechtliche Grundlage geschaffen hatte. Dieser Kampf berührte alle Gebiete des öffentlichen Lebens. Aus den Justiz- und Verwaltungsbehörden wurden alle Deutschen entfernt und durch Russen ersetzt, die weder die Sprache, noch das Recht und die Verhältnisse des Landes kannten, die Schule wurde russifiziert und gleichzeitig in ihrem Niveau herabgedrückt — es sei daran erinnert, daß die Maturitätszeugnisse der baltischen Gymnasien bis zum Beginne der Russifizierung in Deutschland amtlich anerkannt waren —, die Universität Dorpat wurde ruiniert, die Kirche wurde durch strenge Gesetze über die Mischehen und rücksichtslose Verfolgung der sie übertretenden Pastoren bedrückt. Gleichzeitig wurden die Rechte der öffentlichen Korporationen beschritten und die deutsche Presse mundtot gemacht.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß alle diese Maßnahmen ihr endgültiges Ziel nicht erreichten. Anstatt die Balten zu einem engeren Anschluß an Rußland zu bewegen, weckten sie Haß und Erbitterung und belebten und kräftigten das nationale und kirchliche Leben. Von offenem

Widerstande konnte naturgemäß nicht die Rede sein. Was sich aber zur Erhaltung der gefährdeten Güter tun ließ, das geschah auch. Namentlich den Ritterschaften gebührt in dieser Beziehung ein hohes Verdienst, denn mit größter Opferwilligkeit haben sie das Bestehen geheimer deutscher Schulen, sogenannter „Kreise“ ermöglicht und haben sie das Geschick der Geistlichkeit zu erleichtern gesucht.

In anderer Beziehung dagegen kann man sie von Schuld nicht freisprechen. In völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse hielten sie nach wie vor an dem Glauben fest, daß die Existenz und das Gedeihen des Baltentums einzig auf dem Absolutismus beruhe. Sie entschlossen sich nicht, eine frondierende Stellung einzunehmen, sondern erschöpften sich nach wie vor in Ergebenheitsadressen. Das war gegenüber der eben geschilderten Politik der russischen Regierung nicht recht verständlich, und außerdem verschloß man sich mit diesem Standpunkte gegen das politische Leben in Rußland selbst.

Es war schon seit Jahrzehnten jedem — auch dem, der nicht selbst im öffentlichen Leben stand — bekannt, daß in Rußland eine große und einflußreiche liberale Partei existierte, die, ohne revolutionäre Ziele zu verfolgen, die Einführung einer Konstitution anstrebte. Ein zweiter Hauptpunkt ihres Programms war die Bekämpfung der panslawistischen Politik den Fremdvölkern gegenüber. Diese Tatsache mußte auch den Repräsentanten der Ritterschaften und Städte bekannt sein. Sie mußten ferner wissen, daß der absolutistische Beamtenstaat bis auf das Mark der Knochen von Korruption zerkressen war und sie mußten sich sagen, daß das alte System unrettbar seinem Zusammenbruch entgegenging. Jedoch selbst wenn sie zu dieser Erkenntnis nicht gelangten, selbst wenn sie die Kraft des Selbstherrschertums überschätzten, selbst dann mußten sie sich gegen die Bedrückung und Vergewaltigung zur Wehr setzen und sich in offenem männlichen Protest den Liberalen anschließen.

Sie haben das nicht getan und haben Willkür und Unrecht hingenommen. Fragt man aber nach den tieferen Gründen ihres Verhaltens, so erweist es sich, daß auch sie keine Rechtfertigung bieten können. Von der falschen Beurteilung der Machtverhältnisse abgesehen, wollten sie sich der liberalen Partei nicht anschließen, weil eine Konstitution ihnen unvorteilhaft gewesen wäre. Selbst wenn diese nicht auf dem allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Stimmrecht beruht hätte, wäre ihr Einfluß und ihre Stellung innerhalb der baltischen Provinzen wesentlichen Abschwächungen und Änderungen unterworfen gewesen. Vor allem hätte sich die politische Herrschaft des Großgrundbesitzes nicht länger aufrecht

erhalten lassen. Mit der bloßen Führerschaft aber, auf die die Macht-haber kraft ihrer kulturellen Überlegenheit sehr wohl hätten Anspruch erheben können, wollten sie sich nicht begnügen.

Eine solche Politik konnte nicht verfehlen, die lebhafteste Erbitterung innerhalb der liberalen russischen Partei zu wecken. Diese hatte gehofft, bei allen Opfern des Absolutismus auf Sympathie und Unterstützung zu stoßen, und fand bei den Deutschbalten statt dessen schroffste Ablehnung. Das trat schon in den sechziger und siebziger Jahren des verfloßenen Jahrhunderts zu Tage, das wiederholte sich immer wieder — zum letzten Male im Jahre 1905, unmittelbar vor dem Zusammenbruch der Selbst-herrschaft. Zudem war mittlerweile schon eine Scheidung der gemäßigten von den radikalen Elementen unter den liberalen Russen eingetreten, und nur die ersteren setzten ihr Liebeswerben fort, während die letzteren schon seit einiger Zeit die Fruchtlosigkeit desselben eingesehen und andere Wege zu wandeln begonnen hatten. Nichtsdestoweniger wiesen die baltischen Ritterschaften es von sich, mit den „Ausrührern“ gemeinsame Sache zu machen. Sie erklärten den Vertretern des russischen Adels — denn von diesen ging der letzte Einigungsversuch aus —, daß es nicht Sache des Adels sei, gegen den Willen des Monarchen Änderungen der Staats-verfassung anzustreben. Sie gingen sogar weiter und reichten Adressen an den Kaiser ein, in denen sie ihre Bereitwilligkeit kundgaben, auch weiterhin einzutreten „für das in Gw. Majestät selbstherrschender Person verkörperte Prinzip“. Die Liberalen nahmen diese Kriegserklärung zur Kenntnis. Ihre Zeitungen gaben die Adressen ohne Kommentar wieder. Zustimmung fanden die Balten nur bei dem als Reaktionär bekannten Fürsten Meschtschersky, dem Redakteur des „Grashdanin“.

Die genannten Adressen enthielten aber noch einen zweiten politischen Fehler. Sie brachten den Dank des baltischen Adels zum Ausdruck für die im Frühjahr und Sommer dieses Jahres erfolgte Anerkennung der Gewissens- und Sprachenfreiheit. Es ist so selbstverständlich, daß es kaum der Erwähnung bedarf, daß die diesbezüglichen Gesetzgebungsakte nicht freiwillige Gnadenerweise der Regierung waren, sondern von der liberalen Partei erzwungene Konzessionen. Nichtsdestoweniger hielten es die damaligen Leiter der baltischen Politik für angebracht, den Dank für dieselben mit einer Absage an diejenigen zu verbinden, die ihre eigentlichen Urheber waren. Das Resultat dieser ganzen Politik war, daß den Deutsch-Balten von seiten der Liberalen der gleiche intensive Haß zu teil ward, wie ihn die panslawistischen Reaktionäre schon seit langem hegten.

Dieser Haß von seiten aller politisch interessierten und tätigen Russen ist jedoch leider nicht die einzige Gefahr, die dem Deutschtum in den Ostseeprovinzen droht.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Pan Slavisten sich zweier Waffen in ihrem Kampfe gegen die Balten bedienten. Wenn sie einerseits die Regierung zu Repressivmaßregeln zu veranlassen mit Erfolg bemüht waren, so verschmähten sie es andererseits nicht, den Kampf in das feindliche Land selbst hineinzutragen. Das geschah allerdings nicht in dem Sinne, daß sie unter den Deutschen Anhänger zu werben gesucht hätten. Der Aussichtslosigkeit eines solchen Vorgehens waren sie sich nur zu gut bewußt. Wohl aber versuchten sie, die autochthonen Nationalitäten, die Letten und Esten, für sich zu gewinnen. Es begann eine systematische, zudem von der Regierung unmittelbar unterstützte Aufhebung derselben gegen die Deutschen und gegen die lutherische Kirche. Indessen zeigte es sich, daß die Pan Slavisten die Rechnung ohne den Wirt gemacht hatten. Wohl gelang ihnen der negative Teil ihres Programms. Mit dem positiven aber erlitten sie ein vollkommenes Fiasko. Sie hatten gehofft, die Letten und Esten russifizieren und gleichzeitig der griechisch-katholischen Kirche zuführen zu können. Statt dessen begann in denselben das Bewußtsein der eigenen Nationalität zu erwachen, und wenn sie gelernt hatten, in dem Deutschen nur den Eroberer und Bedrucker zu sehen, so übertrugen sie bald die gegen diesen künstlich großgezüchteten Haßgefühle auch auf den Russen, der ja auch in Wahrheit nur ein fremder Bedrucker gewesen, und zwar ein weit härterer als jemals der Deutsche, ohne daß er gleichzeitig die Aufgabe eines kulturellen Lehrmeisters erfüllt hätte. Denselben ausschließlich zerstörenden Erfolg hatten die von der Regierung unterstützten Angriffe der Pan Slavisten gegen den Protestantismus. Nur in geringer Zahl gingen Letten und Esten zur russischen Nationalkirche über. Wohl aber ward ihr Verhältnis zur Religion und zum Christentum überhaupt gelockert und vielfach ganz gelöst.

Durch diese zwei Momente aber wurde der Boden vorbereitet für die nunmehr einsetzende Arbeit der regierungsfeindlichen russischen Parteien. Während der gemäßigte Flügel derselben, wie wir gesehen haben, noch in erster Stunde sich den Deutschen zu nähern versuchte, hatten die extremen Elemente sehr bald erkannt, daß ein Zusammengehen mit diesen vorwiegend konservativ gesinnten Leuten doch nicht möglich sein würde. Die schroffe Zurückweisung ihrer Bündnisanträge kam hinzu — und kurz entschlossen, begannen sie eine lebhaft propagandistische Arbeit für ihre Ideen innerhalb der autochthonen Bevölkerung zu treiben. Ihre Bemühungen

hatten großen Erfolg. Das erwachende Nationalbewußtsein wurde geschickt ausgebeutet, die Regierung und die Deutschen wurden — dank den Fehlern der letzteren leider nicht ganz mit Unrecht — als solidarisch hingestellt, in das Programm der radikalen Partei wurde die Forderung der Autonomie der Letten und Esten aufgenommen.

Eine starke Unterstützung fand diese destruktive Arbeit in dem Wirken der Sozialdemokratie, die infolge des lebhaften Aufschwunges der Industrie und der dadurch hervorgerufenen Bildung einer zahlreichen städtischen Fabrikarbeiterschaft in den Ostseeprovinzen Fuß zu fassen und sich mächtig auszubreiten begann. Auch auf dem flachen Lande gewann sie bedeutenden Einfluß, namentlich bei der Jugend und innerhalb der zahlreichen Klasse der landlosen Arbeiter. Zwischen diesen Anhängern der Sozialdemokratie und den auf dem Boden eines weitgehenden bürgerlichen Liberalismus stehenden Elementen bestand lange Zeit hindurch eine in Wort und Schrift immer wieder betonte Kampfgenossenschaft. Als gemeinsamer Feind aber galten in erster Linie die Regierung, in zweiter deren augenscheinliche Anhänger — die Deutschen.

Wir sehen demgemäß auch hier wieder die Früchte der verkehrten Politik der Ritterschaften, oder richtiger, ihrer Vertreter. Hätten sie die Kraft und Bedeutung der Bewegung erkannt und sich ihr angeschlossen, so wäre es ihnen zweifellos gelungen, den Bund zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie zu sprengen und sich mit den Anhängern des ersteren zu verständigen. Das hätte erstens das Überhandnehmen radikaler Elemente innerhalb dieser Richtung verhindert und zweitens eine Annäherung und Ausöhnung zwischen den Deutschen einerseits und den staatserkhaltenden Elementen unter den Letten und Esten andererseits zu Wege gebracht. Innerhalb einer solchen Koalition aber wäre den Deutschen zweifellos die Führung zugefallen. Die tatsächlich befolgte Politik hat das entgegengesetzte Resultat gehabt: ein großer Teil der ursprünglich gemäßigten Liberalen ist offen zu den Sozialdemokraten übergegangen, und auch die das nicht getan haben, sehen im Deutschen nur noch den freiheitsfeindlichen Anhänger der absolutistischen Willkür und der korrupten Bureaucratie.

Die baltischen Standschaften haben es somit erreicht, daß sie im ganzen russischen Reiche als schädliches, kultur- und fortschrittsfeindliches Element gelten. Gleichzeitig haben sie den stets latent vorhanden gewesenen Haß der indigenen Bevölkerung zur lohenden Flamme angefacht. Die Freundschaft aber der reaktionär gesinnten panslawistischen Partei dürften sie kaum erworben haben. Allerdings schweigt ihre

allgemeinen gleichen Wahlrechts überhaupt kein deutscher Deputierter gewählt werden wird. Daran wird auch der Umstand nichts ändern können, daß die Deutschen gerade jetzt, in den letzten Tagen des Oktober, eine Schwenkung vollzogen haben. Sie haben den bisher gewährten Standpunkt verlassen, sich auf den Boden der Konstitution gestellt und alle ordnungsliebenden, staatserkhaltenden Elemente zu einer gemeinsamen Parteibegründung aufgefordert. Wie nach den Vorgängen der letzten Jahre zu erwarten war, hat ihr Aufruf keinen Anklang gefunden. Die Letzten und Ersten haben es vorgezogen, sich selbständig zu Parteien zu konstituieren. Allerdings stellen sich die Gemäßigten unter ihnen den Deutschen relativ freundlich gegenüber — sie erklären, ein Zusammengehen werde unter gewissen Umständen möglich sein, mit andern Worten, sie sind bereit, die Unterstützung der Deutschen im Wahlkampf anzunehmen. Daß sie aber ihre eigenen Kandidaten aufstellen und nicht für die Deutschen stimmen werden, braucht wohl kaum gesagt zu werden.

Damit aber dürfte es klar sein, daß die Deutsch-Balten in Zukunft auf alle die Bedrückungen gefaßt sein müssen, die ein durch und durch feindlich gesinntes Parlament einer nationalen Minorität auferlegen kann. Wie weit diese gehen können, bedarf keiner näheren Ausmalung. Es genügt, an die Vorgänge der letzten Jahre in Ungarn zu erinnern.

Politisch werden die Deutsch-Balten also so gut wie rechtlos sein.

Es kommt aber noch ein zweites Moment in Betracht. Ohne das föderalistische Programm zu akzeptieren, wird die Reichsduma doch voraussichtlich die Kompetenzen der lokalen Selbstverwaltungsorgane — im Innern Rußlands Semstwo, in den Ostseeprovinzen Landtag genannt — bedeutend erweitern. Während sie sich bisher hauptsächlich mit wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen hatten, ist sicher zu erwarten, daß ihnen jetzt zum mindesten auch Kirche und Schule werden unterstellt werden.

Nun hatte bisher in den Landtagen ausschließlich der Großgrundbesitz Sitz und Stimme. Dieser aber befand sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in deutschen Händen. Da jedoch sogar die gewiß nicht übermäßig liberale Semstwo-Verfassung auch dem Kleingrundbesitz und den Städten eine Vertretung zugestand, wurden in den Ostseeprovinzen schon seit den sechziger Jahren Stimmen laut, die eine gleiche Erweiterung des Landtages forderten. Billig denkende konnten dem nur zustimmen, denn der Kleingrundbesitz hatte die vom Landtage auferlegten Steuern mitzutragen und durfte weder bei deren Bewilligung und Repartition, noch bei ihrer Verwaltung mitreden. Trotzdem kam es erst im Sommer dieses Jahres seitens des Landtags zur Ausarbeitung und

Presse zur Zeit und hat die üblichen Angriffe auf die Balten eingestellt. Es ist aber klar, daß diese Partei, die noch auf lange hinaus von großem Einfluß sein wird, sich bald wieder auf ihren früheren Standpunkt stellen und ihre Angriffe erneuern wird. Hat sie auch den ersten Punkt ihres Programms — die Aufrechterhaltung der Selbstherrschaft — streichen müssen, so wird sie um so mehr Nachdruck auf die zwei übrigen Punkte legen und mit um so größerer Energie für die Herrschaft des russischen Nationalismus und der griechisch-katholischen Kirche eintreten. Und was das für die protestantischen Deutsch-Balten bedeutet, wissen wir nur zu gut aus langer Leidenszeit.

Das Manifest vom 17./30. Oktober hat nun Rußland eine Konstitution gebracht und damit den Sieg der liberalen Parteien anerkannt. Eben allerdings durchtobt offene Sozialrevolution das weite Reich. Andererseits erhebt die Reaktion drohend ihr Haupt. Aber weder diese noch jene verfügt über die genügende Zahl von Anhängern, um zur dauernden Herrschaft gelangen zu können. Über kurz oder lang müssen und werden wieder geordnete Zustände eintreten, und Rußland wird als konstitutioneller Staat weiter existieren. Und zwar als einheitlicher Staat, denn das vom Moskauer Kongreß der Landschaften und Städte aufgestellte föderalistische Programm ist so unpopulär, daß auf seine Verwirklichung nicht gehofft werden darf. Haben doch selbst seine Urheber es nicht gewagt, diesen Punkt in ihren Wahlaufzuruf aufzunehmen. Wohl aber ist anzunehmen, daß das im Manifest zugesagte allgemeine, jedoch nicht gleiche und direkte Wahlrecht sehr bald zum allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen umgestaltet werden wird. Das entspräche durchaus dem im Grunde demokratischen Charakter des russischen Volkes und wird auch von fast allen Parteien und fast der gesamten Presse kategorisch gefordert.

Wie wird sich nun unter diesen neuen Bedingungen die Existenz des deutschen Baltentums gestalten? Wenn man die oben entwickelten Voraussetzungen in Betracht zieht, läßt sich nur eine sehr trübe, hoffnungslose Antwort erteilen.

Auf Sympathie und Unterstützung können die Deutsch-Balten bei keiner der russischen Parteien zählen. Auch die Regierung wird sich ihrer bestenfalls so lange annehmen, bis sie sie als Kompensationsobjekt verwenden kann — dann wird sie sie fallen lassen. Daß die Balten aber fähig wären, eine eigene, einflußreiche Partei in der Reichsduma zu begründen, ist ihrer geringen Zahl wegen ausgeschlossen. Gibt es doch in allen drei Ostseeprovinzen zusammen nur 165 000 Deutsche. Es muß vielmehr befürchtet werden, daß unter der bevorstehenden Herrschaft des

Annahme eines Reformprojekts, welches dem Kleingrundbesitz die gleiche Stimmzahl sicherte, wie dem Großgrundbesitz. Die landlose Bevölkerung blieb, mit Ausnahme weniger Klassen von Gewerbetreibenden, unberücksichtigt.

Die Regierung hat dieses Projekt bisher noch nicht bestätigt. Es wird also von der Reichsduma geprüft werden. Daher läßt sich mit Sicherheit voraussagen, daß es als zu wenig demokratisch verworfen werden wird. Vielleicht wird die Duma wünschen, das allgemeine gleiche Stimmrecht auch für die lokalen Selbstverwaltungsorgane einzuführen. Sollte sie — was sehr zu wünschen ist — darauf verzichten, so wird sie mindestens den Kreis der Wahlberechtigten sehr erweitern. Sie wird vor allem, von den auf dem Gemeindebesitz des inneren Rußland basierenden Vorstellungen ausgehend, es nicht billigen, daß 55 % der Bevölkerung als nicht Land besitzend unvertreten bleiben sollen. Davon aber abgesehen, würde sie schon allein aus Vorliebe für die autochthone Bevölkerung und aus Haß gegen die Deutschen den Wünschen der lettischen und estnischen Deputierten nachgeben und den Ostseeprovinzen ein lokales Wahlsystem verleihen, das unbedingt die Majorität der Letten und Esten sichert. Damit aber würden Schule und Kirche in ihre Hand gelangen. Gleichzeitig wäre ihnen die Möglichkeit gegeben, den deutschen Großgrundbesitz wirtschaftlich zu schwächen und allmählich zu Grunde zu richten. Wenn sie erst allein über die Besteuerung und die Besetzung der öffentlichen Ämter zu bestimmen haben werden, wird sich mehr als ein Weg zur Erreichung dieses Zieles bieten. Und die Reichsgesetzgebung wird sie darin gewiß tatkräftig unterstützen. Neben politischer Rechtlosigkeit haben die Deutsch-Balten demnach auch wirtschaftlichen Ruin zu erwarten. Freilich, für das erste sind die gemäßigten Parteien der Letten und Esten noch bereit, die Deutschen im Lande zu dulden — sie brauchen sie als Bundesgenossen gegen die Revolutionäre. Sind diese aber besiegt und sitzen sie selbst erst fest im Sattel, dann — so erklären sie schon jetzt — haben die Deutschen Wert nur noch als Kulturferment und auch das nur unter der Bedingung, daß sie die Gleichberechtigung — gemeint ist Überlegenheit — der autochthonen Bevölkerung nicht nur in politischer und wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller, sozialer und sprachlicher Beziehung voll anerkennen. Das heißt mit dürren Worten — wenn sie bereit sind, mit der Zeit ihrem Deutschtum zu entsagen und Esten oder Letten zu werden. Der Begriff des Deutsch-Balten wird in nicht ferner Zeit nur mehr eine historische Bedeutung haben.

Damit aber tritt an uns die Frage heran: Wollen wir Deutsche oder wollen wir Balten sein? Wollen wir unser Volkstum oder unsere

Heimat aufgeben? Das Land verlassen, das unsere Väter mit Strömen von Blut und in Jahrhunderten friedlicher Arbeit erobert haben, das Land, an dem wir mit unserer ganzen Seele hängen und zurückkehren in die alte Heimat, die uns fremd geworden ist und der wir fremd sind, die uns vielleicht ungastlich empfangen wird? Oder sollen wir auf das verzichten, was unsere Ahnen uns als teuerstes Vermächtnis hinterließen, um dessen Bewahrung wir gekämpft und gelitten haben viele Menschenalter hindurch — unser Deutschtum?

Fürwahr, es ist eine harte Wahl, vor die wir gestellt sind.

*

*

*

Seitdem dieser Aufsatz niedergeschrieben wurde, ist die Entwicklung noch schneller und noch schlimmer weitergegangen, als man ahnen konnte. Die soziale und nationale Revolution der Letzten braust alles vernichtend und verwüstend über das Land, die der Ersten beginnt soeben in gleicher Weise. Hunderte von Adelssitzen sind niedergebrannt, das platte Land schutzlos den Revolutionären preisgegeben, und in den Städten wie Riga und Mitau, drängen sich die Flüchtigen, die oft nichts weiter gerettet haben, als das nackte Leben. Ein Teil unseres Volkstums, der ihm Jahrhunderte lang die Treue gehalten hat, wird jetzt enturzelt von einer Stelle, die er mit seinem Blut erobert, mit seinem Fleiß zu den blühendsten Gegenden des Zarenstaates gemacht hat. Der Druck der Not hat, so scheint es wohl, schon heute die ernste Alternative entschieden, die Herr v. Freytagh am Schluß seines Aufsatzes aufwirft. Jedenfalls aber ist jetzt der Augenblick da, in dem die Hilfe des ganzen deutschen Volkes angerufen werden muß für die Deutschen der Ostseeprovinzen. Und es ist erfreulich, daß schon der erste Aufruf, den wir weiter unten veröffentlichen, in unserem Volke starken Widerhall gefunden hat. Vorerst aber sei noch, zugleich als eine Ergänzung des obigen Aufsatzes, eine Denkschrift des livländischen Adelskonvents mitgeteilt, die dieser am 24. November dem russischen Ministerium eingereicht hat und die national wie politisch ein bedeutsames Aktenstück zur Geschichte unseres Volkstums ist. Die Denkschrift lautet in der Hauptsache: „Die großen Reformen, welche für das ganze Reich versprochen und angebahnt worden sind, enthalten segensreiche Keime und werden auch von der livländischen Ritterschaft als Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung hochgeschätzt. Was die oberste Staatsgewalt in großen und allgemeinen Zügen gewährt hat, bedarf aber eines ruhigen und sorgfältigen Ausbaues von unten auf, wenn nicht das Reformwerk wurzellos bleiben und in der Luft schweben soll.

Schon seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die Ritterschaft die Unausbleiblichkeit einer immer mehr um sich greifenden Zerrüttung des Landes vorausgesehen und daher der Staatsregierung immer dringendere Vorstellungen gemacht. Hätte man diesen wiederholten Eingaben Gehör geschenkt und demgemäß Einhalt getan einer Politik, welche das kulturelle und wirtschaftliche Leben in allen seinen

Zweigen unterband und dem Lande fremdartige Formen aufzwängte, deren Last für die ganze Bevölkerung unerträglich werden mußte, so wäre der Eintritt von solchen Zuständen der Zersetzung, wie sie heute zutage treten, nicht möglich gewesen. Von der irrtümlichen Voraussetzung ausgehend, daß die auf Erhaltung der Landeseigenart in Konfession, Nationalität und Rechtsleben gerichteten Bestrebungen im Lande den Reichsinteressen feindlich seien, erachtete man es für zweckmäßig, den Einfluß der Ritterschaft, der Kommunalverwaltungen und der lutherischen Geistlichkeit herabzudrücken oder ganz zu beseitigen und alle gegen die historisch entwickelte Kultur und die Autorität der bisherigen Ordnung zutage tretenden Tendenzen zu unterstützen. Während dem nationalen Chauvinismus, der zersetzenden Propaganda und der Entkirchlichung keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt wurden, sofern sie ihre Spitze gegen die lutherische Konfession und die deutsche Bevölkerung richteten, wurde gleichzeitig das natürliche und berechtigte Streben des Volkes nach kommunaler Selbstverwaltung und nationaler Volks-
 erziehung niedergehalten. Bis in die Mitte der achtziger Jahre fand die Geschäftsführung der Justiz und Polizei in den Landessprachen statt, desgleichen in den Kommunalverwaltungen, war die Unterrichtssprache der Schulen, namentlich der Volksschule, national, gab es eine Universität Dorpat, ein Polytechnikum zu Riga, welche westeuropäische Kultur dem Lande und dem Reiche vermittelten. Durch die auf allen diesen Gebieten einsetzenden Umformungen sind dem Lande wie dem Reiche tiefe Schäden zugefügt worden. Die bisher der Ritterschaft obliegende Bewählung der Justiz- und Polizeiamter wurde dieser genommen, aber nicht etwa nunmehr auf einen durch Hinzuziehung der übrigen Bevölkerungselemente erweiterten Wahlkörper, sondern auf die bürokratischen Zentralorgane übertragen, bei gleichzeitiger Einführung einer ausschließlich russischen Geschäftsführung. fand diese Maßregel auch den Beifall derjenigen Elemente, welche der Ritterschaft feindlich gesinnt waren, so mußte sie doch vom Volke, welches der russischen Sprache nur zu einem kleinen Teile mächtig ist, schwer empfunden werden. Den Kommunalverwaltungen, die Gemeindegremien nicht ausgeschlossen, wurde die russische Geschäftsführung aufgezwungen und fast jede Selbständigkeit genommen; Universität und Polytechnikum wurden die bisherige deutsche Lehrsprache genommen, nicht aber um den zutage getretenen Wünschen nach einer Erweiterung durch lettische und estnische Lehrstühle, sondern um einer vollständigen Russifizierung Platz zu machen. Das ganze Mittel- und Volksschulwesen verfiel dem gleichen Schicksal. Die Verwaltung der Volksschule, bisher Obliegenheit der kirchlichen Kommunen, der geistlichen Institutionen und der Ritterschaft, wurde der staatlichen Bürokratie zugewiesen. Die bisherige bewährte, aus Vertretern der Landgemeinden, der Ritterschaft und der Geistlichkeit zusammengesetzte Leitung der Volksschule wurde dadurch beiseite geschoben und durch einen Apparat ersetzt, dessen einzige Aufgabe in der Russifizierung bestand. Die livländische Ritterschaft ist sich dessen wohl bewußt, daß gegen sie von verschiedenen Seiten die Anschuldigung erhoben wird, als habe sie an überlebten Privilegien festgehalten,

deren Ausübung das Land schädige. Die Vorrechte der Ritterschaft bestehen nur in dem Recht und der Pflicht der Provinzialvertretung gegenüber der Staatsregierung. Bereits im Jahre 1870 hat die Ritterschaft die Landbevölkerung zur Kommunalverwaltung der Kirchspiele herangezogen; den diesbezüglichen Vorschlägen der Ritterschaft wurde die Bestätigung seitens der Staatsregierung zu teil. Vierzehn Jahre später beschloß die Ritterschaft eine solche Teilnahme auch für die Kreisverwaltung ins Leben zu rufen. Die Vorschläge der Ritterschaft wurden jedoch einer Prüfung seitens der Regierung nicht gewürdigt. Die Ablehnung der Kenntnisnahme erfolgte aber nicht deshalb, weil man von der Ritterschaft von vornherein unannehmbar konservative Projekte voraussetzte, sondern weil die Absicht einer vollkommenen Bureaufkräftigung der Provinzialverwaltung vorlag, eine Maßnahme, die, wie oben dargelegt, auf den meisten Gebieten des provinziellen Lebens tatsächlich zur Ausführung gelangte.

Nachdem im verflossenen Jahre die Möglichkeit für die Einbringung von Reformvorschlägen wieder gegeben war, hat die Ritterschaft auf Grund eingehender, meist schon längst vorbereiteter Bearbeitung ein Projekt vorgestellt, nach welchem die Provinzialverwaltung aus den Händen des ritterschaftlichen Landtages einem durch den Grundbesitz und die übrigen Steuerzahler repräsentierten Kommunalkörper zu überweisen wäre. — Persönliche Vorrechte, mit Ausnahme etwa des Rechtes, Güterfideikomisse zu stiften, besitzt der Adel in Livland bereits seit vierzig Jahren nicht mehr. Die in Livland noch existierenden, von Personen, welche die provinziellen Gesetze nicht kennen, dem Adel und der Ritterschaft zugeschriebenen Privilegien sind Vorrechte der Rittergutsbesitzer, abgesehen von der Standeszugehörigkeit derselben. Aber an der Erhaltung auch dieser Privilegien hat die Ritterschaft als solche kein Interesse, sofern nur ihre Aufhebung ohne Schädigung der Landesproduktivität und ohne Verletzung von Privatverträgen erfolgte.

So sieht es denn die Ritterschaft nicht als ihre Aufgabe an, Ständerechte zu verteidigen, wohl aber hält sie es für ihre Pflicht, die Geltung von Recht und Ordnung im ganzen Lande nach Kräften zu unterstützen. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß der Grundstock der Landbevölkerung sich nur widerwillig und durch den Terror gezwungen in den Strudel des wahnwitzigen Treibens fortreißen läßt. Die Nichtachtung und Zerstörung von Eigentum, die Mordanschläge auf diejenigen, welche Recht und Ordnung treu bleiben, die Schändung der Gotteshäuser erregen das Entsetzen der Mehrzahl.

Die livländische Ritterschaft wird es sich nicht nehmen lassen, auch das schwerste Schicksal des Landes zu teilen; sie wird ihrer historischen Kulturaufgabe bis zuletzt treu bleiben.

Um so dringender aber richtet die Ritterschaft noch in letzter Stunde an die Staatsregierung die Bitte, der Bevölkerung des Landes, ohne Unterschied der Nationalität, Raum für eine gesunde Entwicklung zu gewähren. Der aufständische Teil der Bevölkerung verfährt unbehindert, ja autonom, der staatsstreue jedoch leidet nach wie vor unter dem Drucke des fremden Beamtentums, der Russifi-

zierung und einer jede Lebensentwicklung hemmenden Bevormundung. Unter den Forderungen der revolutionären Elemente gibt es eine nicht geringe Anzahl durchaus gerechtfertigter Wünsche, deren Nichtbefriedigung auch von loyalfien Landeseinwohnern seit Jahrzehnten schwer getragen wird.

Es kann niemand wundernehmen, wenn eine Bevölkerung nicht in vollkommene Verwirrung geraten sollte, wo sie sieht, daß nicht nur das Schlechte, sondern auch das Gute nur von den Revolutionären kommt. Besezung der Polizei- und Justizämter mit Landeseingefessenen, welche der Landessprache kundig sind, Aufhebung des Sprachenzwanges in Polizei, Justiz und Verwaltung, Einführung der Muttersprache als Unterrichtssprache in den Schulen, namentlich auch in den Volksschulen, Aufhebung der bureaukratischen Bevormundung der Kommunalverwaltungen — alles dieses sind nicht nur berechtigte Wünsche, sondern geradezu Lebensbedingungen der Kultur. So groß das Interesse der baltischen Bevölkerung auch für die politische Verfassung des Reiches ist, so tritt dasselbe doch zurück gegenüber der Notwendigkeit einer sofortigen Abstellung der schreienden Notstände im Lande.

Ein durchaus konkretes und brennendes Interesse haben hier alle Fragen der provinziellen und kommunalen Verwaltung, des gesamten Schulwesens, der Justiz- und Polizeiorganisation, der Verteilung der provinziellen und kommunalen Steuern, der Gemeindeverfassung u. a.; alles Fragen, deren Regelung von der Reichsverfassung unabhängig ist und durch eingehendste Bearbeitung schon lange vorbereitet ist. Wenn die provinzielle Spitze der Staatsgewalt mit der Kompetenz ausgestattet würde, hierin das Notwendige sofort wahrzunehmen, so würde damit der einzige Weg beschritten werden, der zu einer Gesundung der provinziellen Verhältnisse führen kann. Es kommt dabei nicht darauf an, ob die in dieser Weise getroffenen Einrichtungen formell als unabänderlich bleibende oder als zeitweilige Verordnungen anzusehen sind, sondern vielmehr darauf, daß sie unverzüglich in Wirksamkeit treten und dem tatsächlichen lokalen Interesse entsprechen.“ . . .

Auch über dies Dokument und seine in letzter Stunde ausgesprochenen Wünsche sind die Ereignisse schon hinweggegangen. Und im Augenblick ist kaum etwas anderes zu tun, als für die tausende von Flüchtigen zu sorgen, die schon in Königsberg und im Deutschen Reiche sind. Hilfsausschüsse sind schon an zahlreichen Orten gebildet, eine Zentrale besteht in Berlin und wird sich über das Reich hin organisieren. Männer der verschiedensten Parteirichtungen und Gesellschaftskreise haben den ersten Aufruf erlassen:

„Die beklagenswerten Ereignisse in Rußland haben über unzählige Bewohner des Landes unfähliches Unglück gebracht. Viele Tausende sind völlig verarmt; andere, die bisher fleißig ihrem Berufe nachgingen, stehen in bitterster Not müßig am Markt.

Das gilt in erster Reihe von den zahlreichen Deutschen im russischen Reiche. Unzählige von ihnen sind ohne jedes eigene Verschulden plötzlich brot-

los geworden und stehen inmitten erregter, ihnen zum Teil feindlich gesinnter Volksmassen hilflos da. Sie alle hoffen auf uns, die Deutschen im Reich, sie hoffen, daß wir unsere Volksgenossen nicht im Stich lassen, für ihre Not offene Herzen haben werden und offene Hände.

Um ihre Not zu lindern, hat sich der Hilfsausschuß zur Unterstützung der notleidenden Deutschen Rußlands gebildet.

Wir wenden uns mit der Bitte um Unterstützung an alle Kreise des deutschen Volkes. Wer immer im sicheren Frieden des Deutschen Reiches seinem Beruf nachgeht und seines friedvollen Heims froh wird, der gedenke unserer unglücklichen Volksgenossen in Rußland, die in einer furchtbaren Gegenwart einer vielleicht noch schrecklicheren Zukunft entgegensehen. Wir können ihnen helfen, und wir werden ihnen helfen, jeder nach seinen Mitteln. An deutsche Herzen hat sich noch kein unglücklicher Volksgenosse vergeblich gewandt. Dessen sind wir gewiß!"

Geldsendungen (Einzels- und Sammelgaben) werden an die Hauptsammlerstelle, die Königliche Seehandlungshauptkasse zu Berlin, Markgrafenstraße 46 a unter der Bezeichnung „Für die notleidenden Deutschen Rußlands“ erbeten. Die Geschäftsstelle des Hilfsausschusses, an die alle Zuschriften, Anfragen, Gesuche u. dergl. zu richten sind, befindet sich in Berlin SW., Dessauerstraße 30. Es ist die nationale Pflicht jedes Deutschen, hier an seinem Teile durch tatkräftige Hilfe die Treue zu vergelten, die das baltische Deutschtum durch sieben Jahrhunderte und drangvolle Zeiten hindurch uns gehalten hat!

Auch die Geschäftsstelle der „Deutschen Monatschrift“ (Berlin W. 35, Lützowstraße 43) ist gern bereit, Gaben entgegen zu nehmen, weiter zu geben und ihren Empfang an dieser Stelle zu bestätigen. D. S.

